

Datenschutzinformation des KAV Bremen e.V.

Mit der folgenden Datenschutzinformation möchten wir Ihnen als Vertreter oder Ansprechpartner eines Mitglieds, eines Geschäfts- oder Verhandlungspartners einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch unseren Verband und Ihre Rechte nach der EU-Datenschutzgrundverordnung geben.

Wir behandeln Ihre personenbezogenen Daten vertraulich und verarbeiten sie entsprechend den gesetzlichen Datenschutzvorschriften, insbesondere der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Verantwortlich ist:

Kommunaler Arbeitgeberverband Bremen e.V.
Schillerstraße 1
28195 Bremen
Vereinsregister Amtsgericht Bremen, Register-Nummer: VR 4881
Tel.: (0421) 361-2572
Fax: (0421) 361-10651
e-Mail: office@kav.bremen.de
Internet: www.kav-bremen.de

Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer satzungsmäßigen Aufgaben von Ihnen erhalten oder aus öffentlich zugänglichen Quellen gewonnen haben.

Bei Vertretern unserer Mitglieder, anderer Verbände und unserer Dienstleister verarbeiten wir Name, Titel, Position/Tätigkeit, Mitgliedschaft in Gremien, Anschrift und Telekommunikationsdaten des jeweiligen Mitglieds und – soweit von Ihnen zur Verfügung gestellt – private Anschrift und Telekommunikationsdaten sowie ggf. das Geburtsdatum.

Im vorstehenden Sinne sind auch die jeweiligen Beschäftigten des Mitglieds zu verstehen, mit denen wir in Kontakt stehen und die für die jeweiligen Organisationen handeln, auch wenn diese Personen keine formelle Vertretungsmacht haben. Ebenso sind darunter Personen zu fassen, die für das Verbandsmitglied handeln, ohne dort beschäftigt zu sein (etwa mandatierte Rechtsanwälte).

Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

a) Zur Erfüllung von vertraglichen oder vertragsähnlichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)

Die Verarbeitung von Daten von Gremienmitgliedern erfolgt zur Erfüllung unserer Vereinszwecke, die sich aus unserer Satzung ergeben. Die Meinungsbildung innerhalb des Verbandes erfolgt in den satzungsmäßigen Gremien des Verbandes, die mit Vertretern der Mitglieder besetzt sind. Der Verband oder die Gremien können auch Arbeitskreise einsetzen, in denen von den Mitgliedern benannte Mitarbeiter oder sonstige Vertreter mitwirken. Zur Durchführung der Gremienarbeit des Verbandes ist es erforderlich, personenbezogene Daten der von den Mitgliedern benannten Personen zu verarbeiten. Aufgrund des vereinsrechtlichen Rahmens liegt zumindest ein vertragsähnliches Verhältnis vor. Im Einzelnen dienen die Daten:

- der Führung des Verzeichnisses der benannten Vertreter in den Gremien,
- der Durchführung von Verbandsveranstaltungen (z. B. Tagungen, Gremiensitzungen),
- zu sonstigen Informationsschreiben, Arbeitspapieren, Ausschuss- und Arbeitskreiseinladungen,
- der telefonischen Kontaktaufnahme sowie
- der postalischen und der E-Mail-Korrespondenz.

b) Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 f DSGVO in Verbindung mit Art. 9 Abs. 2e DSGVO)

Personenbezogene Daten dürfen auch im Rahmen einer Interessenabwägung verarbeitet werden, wenn die Datenverarbeitung der Erfüllung der Vereinszwecke dient und überwiegende entgegenstehende Interessen der Betroffenen nicht erkennbar sind:

Sollte eine Information über einen Ansprechpartner dem Kreis der „besonderen Kategorien von personenbezogenen Daten“ gemäß Art. 9 Abs. 1 DSGVO zuzurechnen sein (z. B. Angaben über eine Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder einer Kirche), so verarbeiten wir diese Information nur dann, wenn diese Information vom Betroffenen offensichtlich öffentlich gemacht worden ist (vgl. Art. 9 Abs. 2e DSGVO) oder wir durch die aktive Zurverfügungstellung dieser Information eine Zustimmung des Ansprechpartners entnehmen können (siehe dazu auch unten c.).

c) Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 a DSGVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Veröffentlichung von Fotos, die im Rahmen unserer Veranstaltungen aufgenommen wurden, Newsletter-Versand) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Wenn Sie dem Verband bzw. dessen Mitarbeitern Kontaktdaten in Form von z. B. Visitenkarten, Brief oder E-Mail zur Verfügung stellen, sehen wir darin Ihre Zustimmung, dass wir diese Daten zum Zweck der weiteren Kontaktpflege im Rahmen der Verbandsarbeit speichern dürfen. Diese Zustimmung erstreckt sich nur dann auf die Verarbeitung „besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten“ gemäß Art. 9 Abs. 1 DSGVO (z. B. Angaben über eine Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder einer Kirche), wenn der Ansprechpartner diese Information in seiner spezifischen Rolle als Vertreter einer politischen Partei, einer Gewerkschaft oder einer Kirche gegenüber dem Verband aktiv zur Verfügung stellt.

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DSGVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf einer Einwilligung wirkt jedoch erst für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten; Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind hiervon also nicht betroffen.

Wer bekommt Ihre Daten?

Innerhalb des Arbeitgeberverbandes erhalten nur diejenigen Personen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer Vereinszwecke benötigen. Die Verarbeitung erfolgt durch die mit der Bearbeitung betrauten Mitarbeiter des Arbeitgeberverbandes, die zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, so dass Ihre Interessen bei der Verarbeitung der Daten hinreichend gewahrt sind. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) können zu diesen Zwecken Daten erhalten und sind gleichermaßen zur Verschwiegenheit verpflichtet. Dies sind in der Regel Unternehmen aus den Bereichen IT-Dienstleistung und Druckwesen. Der Arbeitgeberverband wird Informationen über Sie nicht an Dritte weitergeben, außer gesetzliche Bestimmungen gebieten dies oder Sie haben in die Datenweitergabe eingewilligt.

Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Zurzeit wird eine Übermittlung an Drittstaaten weder geplant noch durchgeführt. Eine Datenübermittlung an Stellen in Staaten außerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums (sogenannte Drittstaaten) würde nur stattfinden, soweit

- es gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflichten),
- Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben oder
- dies durch das berechtigte Interesse datenschutzrechtlich legitimiert ist und keine höheren schutzwürdigen Interessen des Betroffenen dem entgegenstehen.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten solange dies für die Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben erforderlich und legitim ist. Daten, deren Verarbeitung nicht mehr im berechtigten Interesse des Arbeitgeberverbandes liegt oder für die Sie uns die Verarbeitungseinwilligung entzogen haben, werden regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren – befristete – Weiterverarbeitung ist für die Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten, wie z.B. der Abgabenordnung (Geschäftsbriefe), oder aus Beweissicherungszwecken für rechtliche Auseinandersetzungen im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften erforderlich.

Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO):

Sie haben das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Informationen.

Recht auf Berichtigung und Löschung (Art. 16 und 17 DSGVO):

Sie haben das Recht, unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen. Sie haben zudem das Recht, zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO):

Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, für die Dauer einer etwaigen Prüfung.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO):

In bestimmten Fällen, die in Art. 20 DSGVO im Einzelnen aufgeführt werden, haben Sie das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten bzw. die Übermittlung dieser Daten an einen Dritten zu verlangen.

Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO):

Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) erhoben (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen), steht Ihnen das Recht zu, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen.

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende, schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Beschwerderecht (Art. 77 DSGVO):

Sie haben außerdem das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden. Im Bundesland Bremen ist zuständig:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Arndtstraße 1
27570 Bremerhaven
E-Mail: office@datenschutz.bremen.de

Bei Beschwerden, Anfragen und Anregungen im Zusammenhang mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) Bremen e.V. können Sie sich auch an unsere betriebliche Datenschutzbeauftragte wenden:

Petra Schoppmann
Betriebliche Datenschutzbeauftragte
Kommunalen Arbeitgeberverband Bremen e.V.
Schillerstraße 1
28195 Bremen
E-Mail: datenschutz@kav.bremen.de

Bremen, im Juni 2019

Kommunalen Arbeitgeberverband Bremen e.V.
Der Geschäftsführer